



Mitteilung

Amt: Zentrale Steuerung und Service
Vorl.Nr.: M/2019/0457
Datum: 22.05.2019

TOP: _____
Anlage Nr.: _____

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	25.06.2019	öffentlich

Tagesordnung

Bericht über die Tätigkeit der Ombudsstelle für Flüchtlinge

Mitteilungstext

Nach § 7 Abs. 2 der „Geschäftsordnung für die Ombudsstelle für Flüchtlinge in Hennef“ erhält der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration jährlich oder anlassbezogen einen Bericht über die Tätigkeit der Ombudspersonen zur Kenntnis vorgelegt.

Dies wird mit der nachfolgenden Darstellung erfüllt:

Die Ombudspersonen Volker Kronenberger und Mehrnosh Jongbloed sind seit 2016 in ihrer Funktion als „Ombudsstelle für Flüchtlinge“ aktiv in die Flüchtlingsarbeit in Hennef eingebunden.

Ihre Unterstützung war insbesondere in der Zeit, in der die Einrichtungen in der Reutherstraße in Betrieb genommen wurden, gefordert und konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Hauptanliegen „Unterbringung“ und „Versorgung“ der Asylsuchenden.

Im Verlauf der Jahre 2017 und 2018, in denen die meisten der nach Hennef gekommenen Asylsuchenden nach und nach in gemieteten Wohnungen untergebracht werden konnten und sich andere Betreuungsschwerpunkte ergaben, erwies sich die unabhängige Stelle als wertvolle Hilfe, indem sie aufklärte, beriet und vermittelte.

Die Nachfrage nach dem Unterstützungsangebot von Seiten der Asylsuchenden nahm bis zum Frühjahr des Jahres 2018 spürbar ab und ist mittlerweile nahezu nicht vorhanden:

Mangels Zuzug steht das ehemals vordringliche Anliegen der Unterbringung nicht mehr im Fokus. Nachdem die Einrichtung in der Reutherstraße im Herbst 2018 als solche aufgegeben werden konnte, sind auch die damit verbundenen besonderen Themen entfallen.

Im aktuellen Berichtszeitraum (Mai 2018 – Juni 2019) ergaben sich nur noch vereinzelt Anfragen, die die Unterkunft betrafen. Die Ombudsstelle wurde hauptsächlich von

Einzelpersonen und Familien angesprochen, die schon länger in Hennef leben und half ihnen überwiegend durch Informationen über Zuständigkeiten in Fragen der Schule oder des Asylverfahrens.

Die durchschnittliche Anzahl von Anfragen lässt sich mit 1 – 2 Fällen pro Monat beziffern.

Vor diesem Hintergrund haben die Ombudspersonen angeregt, sie – ergänzend zu der ursprünglichen Intention bei der Einrichtung der Anlaufstelle - seitens der *Stadtverwaltung* aktiv in Angelegenheiten einzubinden, in denen die Beteiligung einer neutralen Stelle von Vorteil wäre und den Dialog mit Asylsuchenden stützen könnte. Dieses Angebot greift die Stadt gerne auf und wird das freiwillige Engagement künftig verstärkt einbinden.

Im Hinblick auf die zum Jahresende auslaufende Amtszeit der Ombudsstelle, wurde eine Fortsetzung erörtert und wird sowohl von der Verwaltung als auch von den Ombudspersonen empfohlen. Eine entsprechende Vorlage an den Rat der Stadt Hennef wird für dessen Sitzung im Herbst vorbereitet.

Die Ombudsstelle hat sich als Einrichtung etabliert und fungiert als solche auch als Zeichen für die integrative Haltung der Stadt zu den geflüchteten Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Wegen ihrer Neutralität und Weisungsfreiheit kann sie wirksam gegenüber der Stadt als auch gegenüber den Hilfesuchenden agieren und hat sich in dieser Konstellation bereits bewährt. Da die Ombudsleute ihre Tätigkeit ehrenamtlich wahrnehmen, sind mit der Fortsetzung keine Kosten verbunden.

Hennef (Sieg), den 22.05.2019
In Vertretung

Michael Walter